

# Parlamentsreport Süd-West

Nachrichten der Abgeordneten aus Steglitz-Zehlendorf  
aus dem Abgeordnetenhaus von Berlin

05.11.2020 / 66. Sitzung

**CDU** Fraktion Berlin

*Mit dem coronabedingten Lockdown in Deutschland und vielen anderen Ländern in Europa, sowie der spannenden Wahl in Amerika war es eine bewegende Woche, die sich langsam dem Ende neigt.*

*Überschattet wurde alles durch einen feigen islamistischen Terroranschlag am Montag in Wien. So begann die 66. Sitzung des Berliner Abgeordnetenhauses auch mit einer Gedenkminute für die Opfer des islamistischen Terrors in Wien, Paris, Nizza und Dresden. Nach einer Zeit relativer Ruhe nimmt die Anzahl der Anschläge auf unsere liberalen Demokratien in Europa rapide zu. Am 4. Oktober ersticht ein Islamist in Dresden einen Touristen, am 16. Oktober enthauptet ein Islamist nahe Paris den Lehrer Samuel Paty, am 29. Oktober ersticht ein Islamist in Nizza drei Menschen – und jetzt schießt ein Islamist in Wien um sich. Fünf Menschen sterben, mehr als ein Dutzend werden zum Teil schwerst verletzt. Die Bundeskanzlerin Angela Merkel reagiert mit den Worten: „Der islamistische Terror ist unser gemeinsamer Feind. Der Kampf gegen diese Mörder und ihre Anstifter ist unser gemeinsamer Kampf.“ Frankreichs Staatspräsident Emmanuel Macron twittert nach dem Anschlag in Wien: „Dies ist unser Europa. Unsere Feinde müssen wissen, mit wem sie es zu tun haben. Wir werden nicht nachgeben.“ Unser Fraktionsvorsitzender Burkard Dregger hat es heute in der Debatte den Worten der Staatsoberhäupter folgend auf den Punkt gebracht. Die Zeit der Sonntagsreden müsse nach dem Anschlag von Wien vorbei sein. Statt Appeasement müsse man jetzt Entschlossenheit zeigen und beweisen, dass man mit aller Konsequenz bereit ist, für unsere Art zu leben, unsere freiheitlich-demokratischen Grundordnung einzustehen und zu kämpfen. Dabei dürfe man keine Schwäche zeigen. Denn Islamisten registrieren jede Schwäche und nutzen sie gnadenlos aus.*

Im Abgeordnetenhaus von Berlin ist Steglitz-Zehlendorf mit insgesamt fünf CDU-Abgeordneten vertreten.



**Oliver Friederici**

Sprecher für Verkehr und Landwirtschaft

**Christian Goiny**

Sprecher für Haushalt und Medien

**Adrian Grasse**

Sprecher für Forschung

**Cornelia Seibeld**

Sprecherin für Integration und Kirchen  
Vizepräsidentin des Abgeordnetenhauses

**Stephan Standfuß**

Sprecher für Sport und  
Sprecher 1. Untersuchungsausschuss  
"Terroranschlag Breitscheidplatz"

Im Parlamentsreport berichten wir aus der Plenarsitzung über die aktuellen Themen, die für die Menschen im Bezirk Steglitz-Zehlendorf relevant sind.

Im Text finden Sie [anklickbare](#) Links. Mit einem Klick auf die Nummer der Drucksache gelangen Sie in das Dokumentensystem des Berliner Parlamentes und direkt auf Anträge, Beschlussvorlagen und ähnliches. Ein Klick auf den Videolink leitet Sie auf die Webseite des rbb und dort auf den entsprechenden Redebeitrag.

Wir freuen uns auf Ihre Rückmeldungen, schreiben Sie uns. Kontaktmöglichkeiten finden Sie am Ende des Parlamentsreports.

---

**Drucksache 18/3098**
**Solardach-Test für die Stadtautobahn**
**Oliver Friederici, MDA**

Die CDU-Fraktion fordert einen Pilotversuch zur Erforschung der Gewinnung erneuerbarer Energien.



Der verkehrspolitische Sprecher der CDU-Fraktion Berlin, Oliver Friederici: „Berlin sollte sich an der Erforschung von Solardächern über Autobahnen beteiligen. Denn damit könnte ein erheblicher Teil unseres Energiebedarfs flächenschonend gewonnen werden. Aus unserer Sicht bieten sich hierfür Abschnitte auf unseren 77 Kilometer langen Stadtautobahnen an, so etwa entlang der Avus. Wir fordern daher den Senat auf, Streckenvorschläge für einen Pilotversuch zu unterbreiten und damit den Anspruch Berlins für Innovationen beim Klimaschutz zu unterstreichen.“

Die Produktion von ökologischem Strom aus Sonnenenergie benötigt Platz. Da große Freiflächen in Berlin als Standorte für Solarparks aus mehreren Gründen nicht in Frage kommen, müssen alternative Orte für PV-Anlagen gefunden werden. Es ist daher erforderlich, diese alternativen Orte früh zu identifizieren und auf ihre Eignung hin zu überprüfen. Ein Pilotversuch für überdachte Straßen, wie er in Österreich nun gestartet wurde, soll daher auch in Berlin initiiert werden.

Modellstrecken könnten die A115 (AVUS) von der Raststätte Grunewald bis Am Beelitzhof sein, Teile des neu zu bauenden Autobahndreiecks Funkturm oder die A 100 (südlicher Stadtring Berlins) von der Bundesallee bis zur Blissestraße.

---

**COVID und die Nachverfolgung**
**Gesundheitsämter endlich mit aktueller Software und mehr Personal ausstatten**
**Cornelia Seibeld, MDA**

Werden die Gesundheitsämter es weiter schaffen, COVID-Infektionsketten nachzuvollziehen? Aktuell sieht es nicht mehr danach aus. Die Infektionszahlen haben sich in 8 Wochen verzehnfacht, Einzelfallbearbeitung ist kaum noch möglich, Menschen wissen nicht, woran sie sind. Und dabei haben Labore noch Testrückstände. Und schließlich landen immer mehr Testergebnisse gar nicht in der Corona-Warn-App.

Die Gesundheitsämter sind personell und materiell einfach zu schlecht ausgestattet für eine Pandemie. Da werden Listen mit der Hand geschrieben, können Ergebnisse nicht weitergeleitet werden und die betroffenen Menschen wissen nicht immer, woran sie sind.



Cornelia Seibeld und weitere Mitglieder der CDU-Fraktion haben daher einen Dringlichkeitsantrag „Coronamaßnahmen rechtssicher gestalten – Gesundheitsämter stärken“ eingebracht ([Drs. 18/3137](#)), mit dem die Situation im Land Berlin schnell und wirkungsvoll verändert werden soll. Dies ist insbesondere deshalb wichtig, damit die Maßnahmen des Landes Berlins zur Corona-Bekämpfung auch rechtssicher getroffen werden können und nicht durch Gerichte in umfangreichem Maße nachträglich als rechtswidrig verworfen werden.

Cornelia Seibeld wies vor allem auf die Personalsituation hin. Immer wieder sei sie sehr froh, dass uns in Berlin – jedenfalls fast überall – Soldatinnen und Soldaten zur Verfügung stehen, die sowohl bei der Nachverfolgung als auch bei der Testdurchführung helfen. In fast allen Bezirken seien jeweils 20-30 Bundeswehrkräfte eingesetzt. Diese Hilfe ist so unbestreitbar wichtig. Umso absurder die Situation im grün geführten Friedrichshain-Kreuzberg: Dort leiste man sich einen ideologischen Sonderweg, der zu Lasten der Gesundheit der Bürger geht. Nicht nur, dass in diesem Bezirk eine der höchsten Inzidenzen zu finden sei, das dortige Bezirksamt weigere sich noch immer, die Hilfsangebote der Bundeswehr uneingeschränkt anzunehmen. Wie absurd ist es, Soldaten nur dann zu akzeptieren, wenn sie keine Uniform anziehen?

Seibeld verlangt, die Gesundheitsämter endlich so zu ertüchtigen, dass die Nachverfolgung der Infektionsketten wieder vollständig möglich ist und so eine effiziente Eindämmungsstrategie umgesetzt werden kann. Dazu zählt nicht nur der unbestreitbar schwierig zu leistende Personalaufwuchs. Wichtiger ist es fast, dass die Softwarelandschaft für die Er- und Übermittlung von Infektionsdaten bundesweit standardisiert wird und eine reibungslose Kommunikation mit dem RKI möglich ist.

---

### *Keine Wissenschaft?*

## **Gutachten belegt Rechtswidrigkeit der Rüge im Fall Giffey - CDU fordert neues Verfahren zur Überprüfung der Doktorarbeit**

**Adrian Grasse, MdA**

Im Rahmen einer Pressekonferenz hat Adrian Grasse für die CDU in der letzten Woche ein Gutachten des renommierten Rechtswissenschaftlers Prof. Dr. Gärditz vorgestellt, demzufolge die Erteilung einer Rüge im Verfahren zur Überprüfung der Doktorarbeit von Franziska Giffey (SPD) rechtswidrig war.



Die gutachterliche Stellungnahme belegt darüber hinaus, dass die Wissenschaftsverwaltung ihrer Rechtsaufsichtspflicht im vorliegenden Fall nicht nachgekommen ist. Durch ihr Nichteinschreiten sendet sie das fatale Signal, dass Fälschungen ohne Konsequenzen bleiben. Adrian Grasse hat deutlich gemacht, dass der leider bereits entstandene Eindruck, dass hier nach Parteibuch entschieden worden sein könnte, schädlich für die Reputation des Wissenschaftsstandortes Berlin ist. Er fordert den Senat daher auf, das Verfahren neu aufzurollen. Im Wissenschaftsausschuss hat der zuständige Staatssekretär daraufhin angekündigt, das Gutachten nun im Detail auszuwerten, und betont, dass man die juristischen Hinweise sehr ernst nehme.

Siehe zu dieser Thematik Artikel in:

[FAZ](#), [Spiegel](#) und [Tagesspiegel](#)

---

### *Hochschulen*

## **Start ins digitale Wintersemester 2020/2021**

**Adrian Grasse, MdA**

In dieser Woche sind die rund 200.000 Berliner Studierenden in das Wintersemester gestartet. Lange hatten sich die Hochschulen darauf eingestellt, im Rahmen eines Hybridsemesters möglichst viele Präsenzveranstaltungen anzubieten. Nun wurden sie kurzfristig zu einem weiteren Digitalsemester verpflichtet, das nur wenige Ausnahmen zulässt. Gerade für die vielen Erstsemester stellt der Verzicht auf den Uni-Alltag eine große Herausforderung dar.



Die CDU-Fraktion wünscht sowohl den Studierenden als auch den Professorinnen und Professoren sowie Mitarbeitern einen guten Semesterstart und einen möglichst reibungslosen Hochschulbetrieb.

---

### Drucksache 18/3062

## **Pendlerland Berlin – Entwicklung der S-Bahn an allen Außenästen**

**Oliver Friederici, MdA**

Die Pendlerzahlen zwischen Berlin und Brandenburg steigen seit Jahren an. Mehr als 300.000 Menschen aus Brandenburg und Berlin pendeln täglich über die gemeinsame Landesgrenze. Oliver Friederici, verkehrspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion: „Daher ist die Entwicklung der Außenäste der Berliner S-Bahn für die Entwicklung der Hauptstadtregion von großer Bedeutung.“ Im aktuellen Nahverkehrsplan 2019-2023 sind die Perspektiven des S-Bahn-Netzes in Berlin klar umschrieben. Im Rahmen des Projekts i2030 wurde darauf aufbauend ein Maßnahmenpaket festgelegt.

Friederici: „Der Senat wird aufgefordert, die Engpassbeseitigung und Weiterentwicklung S-Bahnnetz (Maßnahmenpaket Berliner S-Bahn) weiter zu forcieren, um die notwendigen infrastrukturellen Maßnahmen auf den Außenästen der Berliner S-Bahn schnellstmöglich zur Entscheidungsreife und Genehmigungplanung zu bringen, zu planen und umzusetzen. Darunter gehört auch die grundsätzliche Zweigleisigkeit aller S-Bahntrassen.“

Außerdem muss in der vorhandenen Infrastruktur auf den Außenästen der Berliner S-Bahn ein 10-Minuten Takt zu den Hauptverkehrszeiten (HVZ) ermöglicht werden. Dabei

ist auch eine Abstimmung mit dem Land Brandenburg erforderlich. Für Steglitz-Zehlendorf sind das die S-Bahnlinien 1, 2 und 3.

Die CDU-Fraktion bittet darüber hinaus die Bundesregierung mit Nachdruck, dass die Erhöhung der Regionalisierungsmittel stattfindet, um zusätzliche Bestellleistungen finanzieren zu können. Im Maßnahmenpaket zur Engpassbeseitigung und Weiterentwicklung des S-Bahnnetzes ist dem erforderlichen Fahrzeugmehrbedarf im Rahmen laufender und zukünftiger Vergaben der S-Bahn-Verkehrsleistungen Rechnung zu tragen.

Als ÖPNV-Säule spielt die Berliner S-Bahn in der Hauptstadtregion eine entscheidende Rolle. Die Hauptstadtregion boomt und sowohl Brandenburg als auch Berlin stehen vor der Herausforderung, dass das öffentliche Verkehrssystem diesem Wachstum gerecht wird. Im Nahverkehrsplan des Landes Berlin ist einer der Schwerpunkte der Angebotsplanung die Ausweitung eines flächendeckenden 10-Minuten-Taktes. Dafür bedarf es infrastruktureller Maßnahmen, die im i2030-Teilprojekt „Engpassbeseitigung und Weiterentwicklung S-Bahnnetz“ festgeschrieben sind. Dafür ist u.a. eine enge Abstimmung mit dem Land Brandenburg erforderlich.

---

### **Corona und Sport**

## **Erneuter lockdown - bittere Pille für den Sport!**

**Stephan Standfuß, MdA**

„Sollten die Ansteckungszahlen durch unvorsichtige Mitbürgerinnen und Mitbürger allerdings weiter steigen, bleibt der Weg in die Normalität beim Sport in weiter Ferne, was sehr schade wäre.“

Diesen Satz kennen Sie aus dem letzten Parlamentsreport und nun ist es leider so weit, die Ansteckungszahlen sind so schnell gestiegen, dass wir bei drei von vier Ansteckungen nicht mehr nachvollziehen können, wo sie passiert sind und wir uns deshalb heute bereits im erneuten lockdown befinden. Die Ansteckungszahlen müssen wieder sinken, damit unser Gesundheitssystem nicht überlastet wird. Das ist



für viele Bereiche des öffentlichen Lebens ein harter Schlag, für viele Unternehmen im Tourismus-, Veranstaltungs-, und Gastronomiebereich eine Katastrophe aber besonders für den Sport eine bittere Pille. In produktiver Kooperation mit zahlreichen Sportvereinen haben wir nach dem ersten lockdown im Frühjahr diesen Jahres über den Sommer zahlreiche Konzepte für Lockerungen im Sportbereich unter Einhaltung der Hygieneschutzbestimmungen erarbeitet und zusammen mit der Regierungskoalition unter Abstimmung mit den Gesundheitsämtern vor Ort auch umgesetzt. Bis auf ganz wenige Ausnahmen haben alle Vereine die erarbeiteten Konzepte auch stringent umgesetzt, sodass die Ansteckungsgefahr beim Sport auf ein Minimum reduziert wurde. Tatsächlich gibt es keine Nachweise dafür, dass beim Sport ein erhöhtes Infektionsrisiko besteht. Trotzdem ist es zur Zeit zwingend erforderlich, dass jeder unnötige Kontakt und die damit verbundene Ansteckungsgefahr vermieden wird. Und auch wenn die Enttäuschung riesig groß ist, so haben doch die meisten Vereine für diese harten Maßnahmen durchaus Verständnis. Es gehört aber auch zu Ehrlichkeit dazu, für die Planbarkeit im Sport den Vereinen klar zu sagen, dass niemand in der Lage ist heute bereits zu versprechen, dass am 1.12.2020 alles wieder so sein wird, wie es Ende Oktober war.



Für die finanzielle Planbarkeit setzen wir uns als CDU-Fraktion für die Erweiterung des Rettungsschirmes auch über den Januar 2021 hinaus ein, um zu verhindern, dass Sportvereine zahlungsunfähig werden und damit schließen müssten. Die nächsten Wochen und Monate sollten allerdings konsequent dafür genutzt werden, mehr über die Infektionsrisiken beim Sport herauszufinden. Unser forschungspolitischer Sprecher Adrian Grasse hat bereits im

Sommer mehrfach angemahnt, dass mehr Forschung zu den Ansteckungsrisiken in bestimmten Gruppierungen betrieben werden müsse. Hier ist er leider bei der rot rot-grünen Regierungskoalition auf taube Ohren gestoßen. Über den Sommer wurde wertvolle Zeit verschwendet, die bei geeigneten Forschungsmaßnahmen möglicherweise schon zu Ergebnissen geführt hätte. In der Folge hätte man sich die ein oder andere Beschränkung im Sportbereich vielleicht ersparen können. Sollten wir es in den nächsten Wochen hinbekommen, was wir uns alle wünschen, dass wir es schaffen, die Ansteckungszahlen wieder auf eine überschaubare und nachvollziehbare Größe zu senken, dann muss der Sport bei den dann folgenden Lockerungsmaßnahmen an erster Stelle stehen. Dabei darf es nicht wieder zu Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten kommen, Gelerntes und Erkenntnisse aus dem Lockerungsprozess im Sommer diesen Jahres müssen wir berücksichtigen, damit der Sport in Berlin trotz der Pandemie wieder eine Chance hat.

---

### *Kein Sport*

## **Gewalt im Fußball – Schiedsrichter-Streik in Berlin**

**Stephan Standfuß, MdB**

Im Herbst vergangenen Jahres kam es zu einem bemerkenswerten Vorfall im Berliner Amateurfußball. 1500 Spiele fielen an einem Wochenende aus, weil der Schiedsrichterbeirat beschlossen hat, mit einem Streik ein Zeichen gegen die nach eigenen Angaben zunehmende Gewalt auf Berliner Fußballplätzen zu setzen. Und tatsächlich ist ein Negativtrend schon seit Jahren zu erkennen. So beklagen die Schiedsrichterinnen und Schiedsrichter in Berlin immer häufiger eskalierende Gewalt und Beschimpfungen vor allem im Männerbereich. Gerade in Berlin werden gesellschaftliche, religiöse und politische Spannungen häufig auf dem Fußballplatz ausgetragen, aber zunehmend sind auch aggressive Eltern am Spielfeldrand ein Problem.



In dieser Partie (vor Corona) ging es fair zu

Der Berliner Fußballverband hatte jüngst in einer Kampagne Eltern zu mehr Zurückhaltung aufgefordert und eine Werbekampagnen für die Unparteiischen durchgeführt.

Dem Schiedsrichterausschuss gingen solche Versuche aber nicht weit genug. Die streikenden Schiedsrichterinnen und Schiedsrichter forderten besseren Schutz durch Ordner, professionelle Sportgerichte, schärfere Sanktionen, wenn die Vereine keinen Schiedsrichter stellen, sowie verpflichtende Regelschulungen für Erste Mannschaften und die A- bis C-Jugend, sowie das konsequente Anzeigen von Straftaten auf den Spielfeldern.

Die Eskalation der Gewalt auf den Fußballplätzen in unserer Stadt ist so nicht länger hinnehmbar und deshalb unterstützt die CDU-Fraktion die Forderungen des Schiedsrichterausschusses in Gänze.

Im Sportausschuss wird es diese Woche auf Antrag der CDU-Fraktion zu diesem Thema eine Anhörung geben, inwieweit die Maßnahmen des Berliner Fußballverbandes gegen zunehmende Gewalt gegriffen haben. Erwartet werden neben dem Präsidenten des Berliner Fußballverbandes, Bernd Schultz, ein weiteres Mitglied des Präsidiums für die Schiedsrichter, Jörg Wehling, sowie der Geschäftsführer des Hamburger Fußballverbandes und der Vorsitzende des FC Internationale Berlin 1980 e.V.

Gewalttätige Auseinandersetzungen dürfen beim Sport keine Chance haben, deshalb brauchen wir ein konsequentes Vorgehen, damit der Sport auch in Zukunft fair bleibt.

## Corona-Pandemie

### Änderung der Straßensondernutzung

*Oliver Friederici, MdB*

Die Berliner CDU-Fraktion fordert den Senat von Berlin auf, die Regelungen für die Straßensondernutzung in Berlin für die nächsten zwei Jahre zu ändern, sodass Gastronomie, Hotels, Einzelhandel und Eventunternehmen öffentliches Straßenland schneller, unkomplizierter und unentgeltlich nutzen können.

Dafür sind die einschlägigen Rechtsvorschriften wie die Straßenverkehrsordnung (StVO), das Berliner Straßengesetz (BerlStrG), die Sondernutzungsgebührenverordnung (SNGebV) sowie die Gebührenordnung für Maßnahmen im Straßenverkehr (GebOst) insbesondere für die folgenden Regelungsfälle anzupassen: Gastronomiebetriebe sollen, bis auf eine Durchgangsfläche von 2,50 m für Fußgänger, auf Gehwegen die Straßenflächen gebührenfrei nutzen können. Dies soll ebenso für Einzelhandelsgeschäfte gelten, die Flächen direkt vor ihren Geschäften nutzen möchten. Die bisher notwendige Beantragung entfällt. Es gilt in der Laufzeit der neuen Sondernutzungsregelung eine „Genehmigungsfiktion“, bei der die Unternehmen selbst die genutzte Fläche kennzeichnen und hierfür keine vorherige Beantragung benötigen. Das Land soll einschreiten, wenn die Seuchenschutz- und Hygieneregeln nicht eingehalten werden oder Baustellen bzw. Baustellenplanung der Nutzung entgegenstehen.

Die Berliner Unternehmen haben unter den Folgen der Corona-Pandemie in besonderer Weise zu leiden. Den Hotels und Restaurants, dem Einzelhandel, der Kreativwirtschaft, den Dienstleistungsunternehmen fehlen Millionen von Gästen in der Stadt. Diese Unternehmen und Unternehmer sowie die dort beschäftigten Arbeitnehmer brauchen nun die wohlwollende Unterstützung des Landes. Diese Unterstützung muss nicht nur in direkten finanziellen Hilfen des Landes und des Bundes bestehen, sondern sollte auch zum Abbau von behördlichen Hürden führen, die zwar nichts kosten, aber neues Wirtschafts-

wachstum fördern können und damit ein wenig mehr Freiheit wagen und die entsprechenden Unternehmen wesentlich entlasten.

---

## Verkehrspolitik

### Fahrradkennzeichnung für ein besseres Miteinander

**Oliver Friederici, MdA**

Die Berliner CDU-Fraktion fordert den Innenminister auf, sich für eine bundeseinheitliche Regelung bezüglich der Kennzeichnung von Fahrrädern einzusetzen.



Wir unterstützen die Forderung der Berliner Polizei und der Polizeipräsidentin Slowik, die sich für eine Kennzeichnungspflicht von Fahrrädern stark machen. Wir fordern Innenminister Geisel dazu auf, sich für eine bundesweite Regelung einzusetzen. Das gemeinsame Ziel muss es sein, diejenigen unter den Radlern zur Verantwortung zu ziehen, die im Straßenver-

kehr gegen die Regeln verstoßen oder sich aggressiv gegenüber anderen verhalten. Auf diese Weise können die Sicherheit und eine gegenseitige Rücksichtnahme im Verkehr gefördert werden. Und es werden diejenigen geschützt, die sich regelkonform durch unsere Straßen bewegen.

---

## Haushalt

### Effektive Wirtschaftshilfen

**Christian Goiny, MdA**

Der haushaltspolitische Sprecher der CDU Fraktion im Abgeordnetenhaus, Christian Goiny, hat in der Sondersitzung des Abgeordnetenhauses am 1.11. ([Redebeitrag](#)) die aktuelle Position der CDU zum Umgang mit der Corona Pandemie erläutert und den Senat aufgefordert, für 2021 Konzepte zum Schutz der Bevölkerung und für effektive Wirtschaftshilfen zu erarbeiten.

[Das vorläufige Beschlussprotokoll der Plenarsitzung ist auf der Webseite des Abgeordnetenhauses einsehbar.](#)

[Redebeiträge aus dem Abgeordnetenhaus können auf rbb-online angesehen werden.](#)

**Impressum / ViSdP:** Die Mitglieder des Abgeordnetenhauses:

Oliver Friederici, Christian Goiny, Adrian Grasse, Cornelia Seibeld, Stephan Standfuß.

Steglitz: Hindenburgdamm 80, 12203 Berlin, 030 / 844 17174, [buergerbuerou.hindenburgdamm@gmail.com](mailto:buergerbuerou.hindenburgdamm@gmail.com);

Zehlendorf: Onkel-Tom-Straße 1, 14169 Berlin, 030 / 407 256 44, [kontakt@starkes-zehlendorf.de](mailto:kontakt@starkes-zehlendorf.de)